

Maßnahme:	
Grundstück:	

Projektvereinbarung

Zwischen

- a) der fachlich zuständigen Senatsverwaltung: b) dem Bedarfsträger:

- c) dem Nutzer:
- d) der Baudienststelle:

-a), b) c) und d) werden nachstehend Beteiligte genannt-

wird nachfolgende Projektvereinbarung über die weitere Planung der oben genannten Maßnahme geschlossen.

1. Zielsetzung

Ziel der Beteiligten ist es, durch die Einhaltung der qualitativen und quantitativen Inhalte der genehmigten Vorplanungsunterlagen eine zügige Durchführung des weiteren Verfahrens sowie eine hieraus resultierende höhere Kostensicherheit zu erreichen.

2. Grundlagen der Vereinbarung

Der Projektvereinbarung liegen folgende Unterlagen verbindlich zu Grunde:

- a) das von der fachlich zuständigen Senatsverwaltung bestätigte und durch die Oberste Technische Prüfinstanz baufachlich geprüfte und genehmigte Bedarfsprogramm.
Die baufachliche Genehmigung vom _____ schloss mit Gesamtkosten in Höhe von _____ € ab.
- b) die durch die fachlich zuständige Senatsverwaltung bestätigten Vorplanungsunterlagen, die am _____ baufachlich durch die Oberste Technische Prüfinstanz mit Gesamtkosten in Höhe von _____ € genehmigt wurden.

3. Vereinbarung

Die Beteiligten verpflichten sich im weiteren Planungsverlauf keine wesentlichen Änderungen und/oder Ergänzungen an den genehmigten Vorplanungsunterlagen, insbesondere an den genehmigten Quantitäten und Qualitäten des Raum-, des Funktions- und des Ausstattungsprogramms (RFA) sowie an den bautechnischen Inhalten vorzunehmen.

Die Bauplanungsunterlagen schreiben die Vorplanung ausschließlich fort. Die Vorgaben der genehmigten Vorplanungsunterlagen sind verbindlich einzuhalten, die Auflagen und Hinweise aus dem Prüfbericht zur Genehmigung der Obersten Technischen Prüfinstanz werden umgesetzt und beachtet.

Sämtliche öffentlich-rechtliche Anforderungen, insbesondere die Belange des Baunebenrechts, wurden ermittelt und werden bei der Aufstellung der Bauplanungsunterlagen berücksichtigt.

Mit den Bauplanungsunterlagen wird die öffentlich-rechtliche Genehmigungsfähigkeit der Maßnahme sichergestellt.

fachlich zuständigen Senatsverwaltung
(Datum, Unterschrift)

Bedarfsträger
(Datum, Unterschrift)

Nutzer
(Datum, Unterschrift)

Baudienststelle
(Datum, Unterschrift)

Eine Kopie dieser Vereinbarung ist an die Oberste Technische Prüfinstanz zu übermitteln.